

zu beugen. Das Werk des sozialistischen Aufbaus geht aus der fleißigen, schöpferischen Arbeit der Menschen hervor, und damit es immer besser seine Früchte für alle tragen kann, braucht es den Frieden.

Um konstruktiv zur Lösung dieser Lebensfrage, zu Sicherheit und Zusammenarbeit beizutragen, hat das Zentralkomitee unserer Partei auch in den vergangenen fünf Jahren eine umfangreiche Arbeit geleistet. Wir entsprachen damit den Grundinteressen unseres Volkes und zugleich der internationalen Verantwortung der DDR an der Trennlinie zwischen Sozialismus und Imperialismus, dem Warschauer Vertrag und der NATO.

Seit geraumer Zeit hat sich die internationale Lage durch die Machenschaften der aggressivsten Kräfte des Imperialismus, insbesondere der USA, durch die Hochrüstungspolitik der NATO erheblich verschlechtert. Der Wechsel von der Politik der Entspannung zum Kurs der Konfrontation, den mächtige Kreise des Monopolkapitals vornehmen, geht einher mit unverhüllter Kriegsvorbereitung. Dadurch kann alles zu nichts werden, was unter großen Mühen auf dem Wege der Entspannung, namentlich in Europa, zustande kam und die internationalen Beziehungen spürbar erleichterte.

Durch das Langzeitrüstungsprogramm der NATO von 1978, den Brüsseler Raketebeschuß dieser westlichen Allianz von 1979, die Nichtratifizierung des Salt-II-V'ertrages seitens der USA und nicht zuletzt durch deren vor wenigen Monaten verkündete neue Nuklearstrategie wurde die Weltlage auf das ernsteste belastet. Alarmierend kamen in den letzten Monaten Nachrichten hinzu, daß die USA entgegen dem Protest der Völker, der sie bereits damals zum Rückzug zwang, nunmehr doch Vorhaben, die Neutronenwaffe einzuführen und ihre Stationierung auch den westeuropäischen Bündnispartnern aufzunötigen. Zu den Interessen der Völker, ihren Forderungen nach realen Schritten, die der dringend notwendigen Ergänzung der politischen Entspannung durch die Abrüstung dienen, steht dies alles in direktem Gegensatz.

Diejenigen in der NATO, denen die friedliche Koexistenz schon immer ein Dorn im Auge war, verfolgen eindeutig die Absicht, sich ein militärisch-strategisches Übergewicht über die Staaten der sozialistischen Gemeinschaft zu verschaffen. Dabei wissen sie genau, daß gerade das existierende militärisch-strategische Gleichgewicht für die Erhaltung des Friedens, für die Beziehungen der Staaten beider Gesellschafts- und Bündnisysteme, für die internationale Zusammenarbeit von grundlegender Bedeutung ist. Aber nicht nur, daß sie wider dieses bessere Wissen handeln — in verschiedenen Regionen der Erde, etwa im Nahen und Mittleren Osten, schüren sie gleichzeitig Spannungen und Konfliktherde. Bekanntlich haben die USA bereits die halbe Welt zu ihrer „Interessensphäre“ erklärt. All das sind besorgniserregende Tatsachen.

Genossinnen und Genossen! In dieser Situation, da jeder spürt, wieviel für die Zukunft nicht nur Europas, sondern der ganzen Menschheit auf dem Spiele steht, hat Ge-